

Der Staatspräsident den bisherigen Kriegsbischof General Kasprzak zum Kriegsbischof und den Armeeminister Rydz-Śmigły zum Generalinspektor der Armee ernannt habe.

An innerpolitischer Hinsicht werden an den Tod des Marschalls schwere Besorgungen geknüpft. Seine Persönlichkeit war es, die bisher die streitenden Gruppen seines Lagers zusammenhielt. In seinem offenen Grabe werden die Streitenden sich noch schmeigeln, wenn aber erst die Beisetzung in der Krakauer Königsgruft erfolgt ist, dürfte jede Gruppe behaupten, das allein richtige Erbe des Marschalls Wilschinski zu vertreten. Ob die Entwicklung zu einem Auseinanderfallen sogar des Regierungsbundes führen wird, ist noch nicht abzusehen, auf jeden Fall aber dürfte die Opposition einen starken Zustrom aus den Reihen der lediglich durch die mächtige Gestalt Wilschinskis im Regierungslager festgehaltenen Gruppen erhalten. Polen geht nach dem Tode seines großen Führers schweren inneren Kämpfen entgegen, die nur auf Grund der vorsorglich bereits durchgeführten neuen Verfassung eine Abmilderung erfahren dürften.

Weitgehender Ausbau des französisch-sowjetrussischen Vertrages.

Einstellung der kommunistischen antimilitaristischen Propaganda in Frankreich?

Verhandlungen der Generalstäbe beider Länder im Sommer.

(1) Paris, 15. Mai.

Die mehrstündige Unterredung des Außenministers Laval mit Stalin am Dienstag wird von der französischen Presse als eine endgültige Befestigung des französisch-sowjetrussischen Paktes gefeiert.

Man erwartet vor allem, daß die Kommunisten ihre Propaganda gegen Frankreichs Seeresorganisation nunmehr einstellen werden.

Die am heutigen Mittwoch über die Moskauer Besprechungen erscheinende amtliche Verlautbarung wird nach Ansicht der französischen Sonderberichterstatter Frankreich nach dieser Richtung volle Genugtuung geben. „Der Tag den Laval im Kreml verbracht hat“, schreibt die Außenpolitikerin des „Deuxième“ aus Moskau, „hat den französisch-sowjetrussischen Pakt endgültig befestigt. Der Besuch Lavals bei Stalin ist von ausschlaggebender Bedeutung.“

Welche Staatsmänner haben sich darüber ausgesprochen, ob dieser Pakt eine Allianz im eigentlichen Sinne des Wortes ist, und sind zu dem Schluß gekommen, daß es im Grunde genommen tatsächlich eine regelrechte Allianz ist, wenn auch in neuer Form.

Diese Unterredung darf als die erste Annäherung des Paktes gelten. Ihre ersten Auswirkungen, die man aus der amtlichen Verlautbarung vom Mittwoch erkennen wird, werden sicher den Franzosen aller Richtungen größte Genugtuung geben, sowohl in innen- wie in außenpolitischen Fragen.

Die Berichterstatterin des „Deuxième“ und auch andere französische Pressevertreter melden, daß jetzt der Pakt nach allen Richtungen, nach wirtschaftlicher, militärischer, politischer und kultureller Richtung hin ausgebaut werden wird. Für den Sommer seien Verhandlungen zwischen den Generalstäben beider Länder in Aussicht genommen.

Die Frage des von Sowjetrußland und Frankreich gewünschten Beitritts Deutschlands und Polens zu dem Pakt ist eingehend besprochen worden. Die Aktionsfreiheit beider Vertragspartner dürfte jedoch dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werden. Beide könnten keine Fortsetzung Polens zulassen, die die Unterzeichnung von Abkommen zwischen Rußland und seinen Nachbarstaaten behindern. Der Ausbau der sowjetrussisch-französischen Wirtschaftsverbindungen über den ursprünglich vorgesehenen Rahmen hinaus ist ebenfalls in Betracht gezogen worden. Wahrscheinlich werde Frankreich Sowjetrußland Handelsvorrechte gewähren. Der kulturelle Austausch durch Vertretung der französischen Sprache in Sowjetrußland, der Austausch von Professoren, die Errichtung von Konsulaten usw. seien als notwendig anerkannt worden. Das Blatt hält es sogar für möglich, daß Laval, dessen Besuch im Kreml viel beachtet worden sei, die Frage der vaterländischen Beziehungen zu Rußland angeschnitten habe. Als feststehende Tatsache glaubt die Berichterstatterin in „Deuxième“ annehmen zu können, daß ein offizieller Besuch Litwins in Paris erfolgen werde.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“, der Laval auf seiner Reise begleitet, berichtet, daß vor allem der militärische Geist in Sowjetrußland aufgefallen sei. Er ist festgelegt, ob auch die Industriemacht Sowjetrußland Anspruch darauf, eine starke Militärmacht zu sein, im Einklang stehe.

In der Unterredung zwischen Stalin und Laval seien die Schutdenfrage, die Frage der zeitlichen Freiheit, die Nordostfrage und die Polenfrage angeschnitten worden.

„Petit Journal“, das die Bedeutung Polens für das Friedensgebäude ganz besonders unterstricht und vor einer Verschärfung der bestehenden Mißverständnisse warnt, faßt das Ergebnis der Moskauer Besprechungen wie folgt zusammen: Auf Grund des französisch-sowjetrussischen Paktes seien Stalin und Laval zu der Feststellung gekommen, daß eine freundschaftliche Politik auf allen Gebieten künftig die französisch-sowjetrussischen Beziehungen regeln müßte. Es handele sich nicht nur um die Außenpolitik und Politikombinationen, sondern auch um

Was die Außenpolitik betrifft, so scheint der Minister Red durch die Wiederbelebung des Bündnisses mit Frankreich der schweren Erkrankung Wilschinskis Rechnung getragen zu haben. Er hat dadurch der bekanntlich frantrophilen und gefährlichsten Rechtsopposition den Wind aus den Segeln genommen. Wie die Entwicklung auf diesem Gebiete verlaufen wird, ist noch nicht abzusehen. Vom deutschen Standpunkt aus muß jedenfalls die hervorragende Rolle anerkannt werden, die der zu früh verstorbene Marschall bei der Verständigung zwischen Deutschland und Polen gespielt hat. Marschall Wilschinski war es, der auf polnischer Seite die Initiative zur Vereinigung der Spannungen zwischen Deutschland und Polen ergriffen hatte. Sein Tod bringt auch für die Außenpolitik Polens schwierige Probleme. Die Bedeutung des Todes Wilschinskis greift somit über die inneren Verhältnisse Polens weit hinaus. Er kann auch für die gesamteuropäische Politik von weittragender Bedeutung werden. Man wird mit allem Interesse die weitere Entwicklung zu beobachten haben.

Die verschiedensten Gebiete, auf denen bald Interessenfragen, bald die kommunistische Propaganda das feste Gefüge des Paktes vom 2. Mai zu gefährden drohen.

Deshalb werde die Sowjetregierung eine feierliche Erklärung über die Notwendigkeit der Landesverteidigung in Frankreich herauszugeben. Die Sowjetregierung, die bei ihren Massen das diplomatische Vorkommen mit Frankreich mit der diplomatischen Initiative der Vereinigung des Friedens verknüpfte, könnte dann die antimilitaristische Propaganda in Frankreich nicht mit ihrer Autorität bekräftigen.

Das wäre unendlich und unlogisch zugleich gewesen. Die Tatsache, daß Woroschilow an den Besprechungen teilgenommen hat, ist für das Blatt der schlagendste Beweis, daß man in Sowjetrußland dem Ausbau der französisch-sowjetrussischen Streitkräfte ganz besondere Beachtung schenkt.

Der amtliche Bericht über die Moskauer Besprechungen.

DNB Moskau, 15. Mai.

Die TASS veröffentlicht den amtlichen Bericht über die Moskauer Verhandlungen mit Laval, der folgendes besagt:

Während der Unterredungen, die am 13., 14. und 15. Mai in Moskau stattfanden, hatten Stalin, Molotow und Litwinow sowie Laval ihrer Genugtuung über den am 2. Mai 1935 in Paris unterzeichneten Vertrag Ausdruck gegeben, der die Verflechtung der gegenseitigen Hilfe zwischen der Sowjetunion und Frankreich festlegt und die nötige Ergänzung gegeben habe. Die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs hätten die Möglichkeit gehabt, das freundschaftliche Vertrauen festzustellen, das zwischen ihnen durch den Vertrag geschaffen worden sei, der seinen wohltuenden Einfluß auf die Behandlung aller Fragen ausgeübt habe, und zwar sowohl der sowjetrussisch-französischen Beziehungen, als auch der Frage der allgemeinen europäischen Ordnung, die im Rahmen der Zusammenarbeit der beiden Regierungen entstanden seien. Beide Seiten seien mit der vollkommenen Klarheit der Erörterung jeder Frage herangekommen. Sie konnten feststellen, daß ihre künftigen, in allen diplomatischen Unternehmungen zutage tretenden Bemühungen um die Sicherung des Friedens in einer Reihe von Staaten, die der Sache des Friedens zueinander seien, Unterstützung gefunden hätten. Dies werde durch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Schaffung gegenseitiger Garantien bewiesen.

Gerade im Interesse der Friedenswahrung seien diese Staaten verpflichtet, die Mittel der Landesverteidigung nicht herabzusetzen. Sowjetrußland habe sein volles Verstandnis für die Bestrebungen jedes Landes ausgesprochen, einen militärischen Zustand zu vermeiden, der den Notwendigkeiten seiner Sicherheit entspreche.

Die Vertreter der beiden Staaten hätten andererseits ihren Entschluß bekräftigt, bei der Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit nichts zu vernachlässigen, um mit der Hilfe aller solidarischen Regierungen eine Politik des Friedens und der Befestigung der politischen Beziehungen zu fördern, die allein unter den Völkern das für die Entfaltung der materiellen und moralischen Belange der europäischen Kollektivität unerlässliche Vertrauen wiederherzustellen vermöge.

Es wurde, heißt es weiter in dem Schlußbericht, besonders anerkannt, daß der Wille des gegenseitigen Beistandes zwischen Sowjetrußland und Frankreich in keiner Weise die Bedeutung schmälere, die die unaufschiebbare Verwirklichung eines Regionalpaktes in Europa bietet, der die ursprüngliche hierfür vorgesehene Staaten auf der Grundlage von Verpflichtungen vereinigen würde, die auf den militärischen, die Beratung und die Nichtunterstützung des Angreiffes abzielen. Beide Regierungen werden sich mit vereinten Kräften zu diesem Zweck für die Ausgestaltung des geeigneten diplomatischen Verfahrens weiterhin einsetzen.

Indem die oben angeführten gemeinsamen Entschlüsse der Öffentlichkeit übergeben werden, erklären die Vertreter der Sowjetunion und Frankreichs mit allem Verantwortungsbewußtsein, daß sie damit die verbindende Fingergabe an das schäferliche Wert des Friedens demonstrieren, daß die Teilnahme eines Staates ausschließt und das seine volle Verwirklichung lediglich bei züchtiger Mitarbeit aller interessierten Länder finden könne.

Annahme, daß die italienische Regierung nicht sehr gut die Verpflichtungen Englands tenne.

Förderung der deutschen Schafhaltung.

DNB Berlin, 15. Mai.

Um unsere Rohstoffversorgung aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung zu verstärken, hat der Reichsminister der Finanzen durch das Gesetz über die Haushaltsführung im Reich kürzlich u. a. ermächtigt worden, zur Förderung der deutschen Schafhaltung und Wollherzeugung Garantien bis zur Höhe von acht Millionen Reichsmark zu übernehmen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat nunmehr auf Grund dieser Ermächtigung die erforderlichen Mittel beschafft. Aus diesen werden Kredite zum Ankauf weiblicher Schafe gewährt. Die Veranlagung der Kredite beläuft sich infolge einer vom Reichs-

ernährungsminister durchgeführten Zinsverbilligung auf 2,7 v. H. einschließlich aller Unkosten. Die Kredite sind in sechs gleichartigen Raten aus dem Wollverkauf zu tilgen. Für den Ankauf männlicher Tiere (Kammer, Hammel) sowie für Wollverkauf werden nur ausnahmsweise Kredite gegeben. Für den Ankauf von weniger als 30 Schafen im Einzelkauf wird ein Kredit nicht gewährt. Sofern diese Zahl von einem Schafhalter nicht aufgenommen werden kann, können sich mehrere Schafhalter zum Zweck der Stellung eines Sammelantrages zusammenschließen. Die Kreditgewährung erfolgt in Form der Stundung entsprechender Kaufpreisträge. Sämtliche von diesen Tieren anfallende Wolle ist an die dafür zuständige Stelle der Reichswollverwertungs-GmbH abzuliefern.

Anträge auf Gewährung von derartigen Beschaffungskrediten für Schafe sind durch die Ortsbauernführer den

Landesbauernverbänden bei den Landesbauernschaften zu übermitteln.

Mitgliedersperre für HJ und BDM.

DNB München, 15. Mai.

Der Reichsführer der NSDAP veröffentlicht folgende Verfügung:

„Die derzeit bestehende Mitgliedersperre wird im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers unter Hinweis auf meine diesbezüglichen Verfügungen bis zu einer endgültigen Regelung auf auf Angehörige der Hitlerjugend sowie des Bundes deutscher Mädel ausgedehnt. Vorübergehende Verfügung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.“

Verdreifachung der britischen Luftstreitkräfte in der Heimat.

Verdoppelung der gesamten Kriegsluftflotte Englands in der ganzen Welt.

Binnen zwei Jahren.

DNB London, 15. Mai.

Der Luftfahrtkorrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Die Pläne für die Verdoppelung der britischen Luftwaffe, die diese Woche vom Kabinett geprüft werden sollen, sehen eine Verdreifachung der heimischen und annähernd eine Verdoppelung der gesamten britischen Luftstreitkräfte in der ganzen Welt binnen zwei Jahren vor.

Die gegenwärtige Stärke beträgt: Heimat: 43 Geschwader mit 490 Flugzeugen; überseeische Einheiten, Flugboote und Marineflugzeuge 50 Geschwader mit 530 Flugzeugen, zusammen 93 Geschwader mit 1020 Flugzeugen.

Dem aufgestellten Plan zufolge soll die Stärke der Luftflotte im April 1937 betragen: Heimat: 128 Geschwader mit 1480 Flugzeugen, überseeische Einheiten, Flugboote und Marineflugzeuge 50 Geschwader mit 530 Flugzeugen, zusammen 178 Geschwader mit 1990 Flugzeugen.

Die Zahl der Maschinen, die ein Geschwader bilden,

wechelt je nach der Klasse. Von Maschinen mit einem Motor bilden in der Regel je zwölf ein Geschwader, von Maschinen mit mehreren Motoren je zehn; einige der Flugbootgeschwader umfassen nur drei bis fünf Maschinen.

Das Blatt weist darauf hin, daß dieser Plan, falls er vom Kabinett unverändert angenommen wird, die britischen Luftstreitkräfte auf die Höhe der französischen in Europa und Nordafrika bringen würde und daß Deutschland in absehbarer Zeit die gleiche Stärke haben werde, falls es sie nicht schon besitzt. Die Verdreifachung werde durch zwei Maßnahmen erfolgen: 1. Verschleifung der Durchführung des fünfjährigen Programmes, das bereits im April 1937 fertig im April 1939 durchgeführt werden soll, und 2. Annahme eines Zusatzprogrammes. Was die Bautätigkeit betreffe, so würden die Versuche mit neuen Typen beschleunigt werden, und ferner werde unverzüglich ein schnelles, schweres Bombenflugzeug von großem Aktionsradius entworfen und gebaut werden, das den Leistungen der deutschen Bombenflugzeuge gewachsen sei.

Allgemeine Währungsstabilisierung?

Der Wunsch Roosevelts.

Washington, 15. Mai.

Gestern hielt Schatzsekretär Morgenthau über alle amerikanischen Rundfunkstationen eine Rede über Fragen der Währungsstabilisierung und des Welthandels. Die Rede, die mit höchster Spannung erwartet worden war, vermittelte den Zuhörern eine geordnete, zusammenfassende Darstellung der monetären Politik der Roosevelt-Regierung und gipfelte in dem Satz: „Die Welt soll wissen, daß ihr auf dem Wege zur Verwirklichung des Zieles einer allgemeinen Währungsstabilisierung Washington sein Ziel blickt.“

Den Vereinigten Staaten stünden zwei Möglichkeiten offen: Man könne eine allgemeine Stabilisierung der Währungen zu betreiben oder aber die andere, den Dollar noch weiter abzuwerten. Die Vereinigten Staaten können ihre Währung nicht einfach in der Weise stabilisieren, daß sie den Goldwert des Dollars für immer festsetzen würden. „Wenn wir das täten“, fuhr Morgenthau fort, „würden wir uns wieder zu der Lage des Jahres 1932 zurückbegeben und für die anderen eine Verurteilung darstellen, uns nicht zu folgen, sondern unsere Politik für sich auszunutzen.“

Die Rundfunkrede bedeutete mehr als eine theoretische Proklamation. Wie hier wiederholt dargelegt wurde, wünscht Präsident Roosevelt eine allgemeine Währungsstabilisierung, um möglichst noch vor der Wahl den Feldzug zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Außenhandel und im Finanzverkehr einleiten zu können, besonders weil seine inneramerikanischen Experimente, wie FOM und

andere Reformen, auf harte Widerstände stoßen. In der heutigen Pressekonferenz im Weißen Hause bemerkte Präsident Roosevelt auf eine Frage nach der Währungsfrage, daß er die Währungsfrage, er habe die von den Wirtschaftseingeleiteten Telegramme daraufhin prüfen lassen, bisher aber noch keine Meinung über die Einstellung des Auslandes finden können.

Abwertung des französischen Franken?

(1) Paris, 15. Mai.

Die Erklärung des amerikanischen Schatzsekretärs Morgenthau, daß die Vereinigten Staaten einer Stabilisierung der Währung nicht abgeneigt sein würden, wird in französischen Kreisen vor allem als eine Aufforderung an England aufgefaßt.

„Petit Parisien“ läßt sich aus New York melden, daß man in amerikanischen Finanzkreisen jedoch wenig Hoffnung auf eine günstige Antwort Englands habe. In diesen Kreisen sei man in Uebereinstimmung mit vielen englischen Finanzkreisen der Ansicht, daß sich eine internationale Währungsstabilisierung viel leichter durchführen ließe, wenn der französische Franken bei dieser allgemeinen Stabilisierung leicht abgewertet würde. Diese Möglichkeit komme aber wegen der Einstellung der französischen Öffentlichkeit vornehmlich nicht in Frage. Auch habe längt zwischen Washington und Paris ein halbamtlicher Meinungsaustausch über diese Frage stattgefunden. Die Besprechungen seien aber sofort wieder abgebrochen worden.

Die Volksabstimmung auf den Philippinen.

Die neue Unabhängigkeitsverfassung angenommen. - Ernste weltpolitische Folgerungen.

Ein Danaergeschenk.

DNB Manila (Philippinen), 15. Mai.

Bei der Volksabstimmung hat sich eine gewaltige Mehrheit zugunsten der neuen Verfassung für die Philippinen ausgesprochen. Nach den bisherigen Meldungen haben rund 645 000 Personen dafür und nur 21 000 dagegen gestimmt.

Bei der Betrachtung des Ergebnisses der Volksabstimmung auf den Philippinen dürfte die Tatsache interessieren, daß von den 14 Millionen Einwohnern der Insel überhaupt nur 1 1/2 Millionen stimmberähigt waren. Abgestimmt haben jedoch nur eine Million Wähler, vor allem Frauen, die bei diesen Wahlen zum ersten Mal das Stimmrecht ausgeübt haben.

Auf Grund der ratifizierten neuen Verfassung dürfte der philippinische Präsident nach vor Jahresende Nachfolger des amerikanischen Generalgouverneurs werden.

Die 7000 Inseln umfassende Philippinen-Gruppe im Malaischen Archipel ist in der letzten Zeit mehrfach in die Sphäre weltpolitischer Interessengegenstände gerückt, die sich in dem Augenblick ergaben, als die Unabhängigkeitsbestrebungen der Philippinen, wie die malaischen Bewohner der Inseln zeigen, in ein akutes Stadium traten.

Es war im Jahre 1898, als die Vereinigten Staaten die Spanier nach dem von ihnen gewonnenen spanisch-amerikanischen Kriege für 20 Millionen Dollar zum Verkauf auf die Philippinen zwangen und von der Inselgruppe Besitz ergriffen. Strategische Gesichtspunkte standen hier im Vordergrund, während sich andererseits einige amerikanische Wirtschaftszweige von der Neuerwerb des mit Rohstoffen reich gesegneten Landes große Gewinnmöglichkeiten versprachen. Schon unmittelbar nach dem Uebergang in amerikanischen Besitz war den Philippinen eine Autonomie zu dem Zeitpunkt da, als die nötigen Grad politischer Reife erreicht haben werden“, zugehört worden.

Nunmehr, nach 37 Jahren hat Amerika, nachdem die Inselgruppe strategisch wie wirtschaftlich für die Vereinigten Staaten die Bedeutung von einst verloren hatte, den Zeitpunkt für gegeben, die Philippinen über eine

neue Verfassung abstimmen zu lassen, die nach zehn Jahren zur völligen Unabhängigkeit der Philippinen hinführen soll. Der Umfang, den von 1 1/2 Millionen Stimmberechtigten bei einer Gesamtbevölkerung von 14 Millionen nur eine Million abgestimmt haben und diese noch nicht einmal alle für das neue Unabhängigkeitsgesetz votierten, läßt den Schluß zu, daß die Philippinen selbst mit gemäßigten Gefühlen die Freiheit betrachten. Denn wirtschaftlich hatten sie sich bisher sehr gut, denn ihre Landesprodukte landeten in der USA zu freiem Abzug. Das soll nun mit der Autonomie der Inseln aufhören und damit ist die Zucker- und Tabakproduktion des Inselreiches mit dem freien Weltmarkt in Konkurrenz gesetzt, die den „Besitzern“ künftig droht, ist aber keinesfalls geringer. Denn nach dem Verzicht Amerikas sind die Philippinen dem japanischen Expansionsdrang ausgesetzt, der sie kaum entsprechenden Widerstand entgegenstellen können. Japan hat kein Interesse für die Inselgruppe, die eine amangole Fortsetzung des heimischen Inselreiches mit Formosa als Mittelstück bilden würde, schon mehrfach bekundet.

Damit aber eröffnet die jetzt erfolgte Abstimmung der Philippinen über ihre Unabhängigkeit weltpolitische Perspektiven. Die Annahme der neuen Verfassung läßt im Fernen Osten eine neue Nation entstehen an einem der wichtigsten strategischen Punkte der Welt; südlich von China, zwischen dem asiatischen Festland und den dicht besiedelten holländischen Besitzungen, auf dem Wege nach Neu-Guinea und Australien gelegen, muß der Archipel der Großmacht, deren Kontrolle er anheimfällt, die beherrschende Position in dieser Hälfte des Stillen Ozeans verschaffen. Amerika schied sich nicht, auf diesen Besitz freiwillig zu verzichten, und wenn nicht alles trägt, wird Japan an seine Stelle treten. Damit aber ist von 1945 ab die Vorkherrschaft Japans auf der ganzen asiatischen Hälfte des Stillen Ozeans außer Frage gestellt. Das bedeutet nicht nur einen unübersteiglichen Druck auf China, sondern auf eine Bedrohung der britischen und holländischen Besitzungen in diesem Teil der Erde. Der Weg nach Hongkong, Australien, Borneo wäre für Japan offen.

So ist wirtschaftlich und politisch die Gewährung der Unabhängigkeit an die Philippinen für die Inselbewohner selbst wie für die Weltmächte eine Danaergeschenk, dessen Auswirkung nur durch eine Rückwärtsentwicklung der amerikanischen Politik bis zum Jahre 1945, dem Ablauf des neuen Verfassungsgesetzes für die Philippinen, beseitigt werden kann.

Öperrt England den Suezkanal im Falle eines ostafrikanischen Krieges?

DNB London, 15. Mai.

Großbritannien hat bekanntlich für die Benutzung des Suezkanals durch fremde Kriegsschiffe im Falle eines bewaffneten Konfliktes bestimmte internationale Verpflichtungen übernommen. Im Hinblick auf die Zuspitzung im abessinisch-italienischen Streit wurde der englische Außenminister am Mittwoch im Unterhaus gefragt, ob die englische Regierung in Rom darauf hingewiesen habe, daß diese Verpflichtungen wirksam werden müßten, falls es aus Gründen, die sich mit den internationalen Verbindungen nicht in Einklang bringen ließen, zu Gefährdungen zwischen Italien und Großbritannien kommen sollte. Simon verneinte die Frage und fügte hinzu, er habe keinen Grund für die

Fu
Die Vereinh

Nach Mitt
salen wird
fiden Gehn
jedem Land
erachtet, d
achtung obli
Währungsbe
berung der
Ausführung
berlängten
oder diese
wirtschaftliche
Lundbeitsäm
Währungsbe
der Familien
Das Gesun
lundheitspoli
kämpfung
ten durch
der Krankh
bedürfte die
Krankheiten
Des weiteren
Verörterun
verfolgen, d
Volke zu
Gesundheits
lung des Geb
Bel der gesun
lundheitsamt
den Ziele ver
Auch soll eine
Verste ange
In dem Ges
gesundheits
Kind ist vor
lundheitsamt
und während
se zu beraten
und Kleink
Anleitung für
Wichtige Aufg
Sinnhaft hat
biete der Tuber
Siehe, in der
der Kausalit

Die C
Der d

Die Staatsa
Den vereinte
schaft in M
in Redding
Täter in der
zu ermitteln
den Volkssta
raubte. Es han
gewissen Beh
gelang es, ein
der bringend
habe geliebt
haben. Welche
gefallen ein
Die bel der
Hintergrund
zu der Welt
Der als Tra
kamit aus Gr
wiederholt
um einen geme
Polizeiauff
bestannter
mung aber die
Schmer mit
tita. Die Best
Der geistl
Ermittlungen
Todeslura
neuen Fahrzeu
verloste. Er
in Ost. Der
ebenfalls aus

Wich
Sikum

Zur letzten
mit den Krie
waren sämtl
führer erklä
Präsidenten
man zunächst
Zerücksicht
werkstücken
nehmen. Mit
Zusammenarb
Läufe der le
Kammer lei
vertiefen. Die
führungen über
ihrangewies
wollung der
handwerkst
schulen zusammen
weitere Verb
sammenhang
der Industri
dungen der
die nächste
besonders Ru
für die Frauen
einschränken

Dann berück
fellen in ein
Sonderverme
besuchen und
Verhältnisse
nach Festst
Annahme der
da eine Prü
sei. Die Gese
Landszeit ist
Handwerkst
erfahrung die
wenn ein Ver
eine zusätzl
wandten Per
dage die Verb
vorgelagt w
wertvoller ist
Inassen ist
Die zur Zeit
bedenken kein
Ausgestaltung
Nutzungen un
den Umfang
berichten. Nach ein

Die Autobahnen im Norden Deutschlands.

b Bremen, 14. Mai.

in Westfalen.

Δ Wlunster, 15. Mai.
